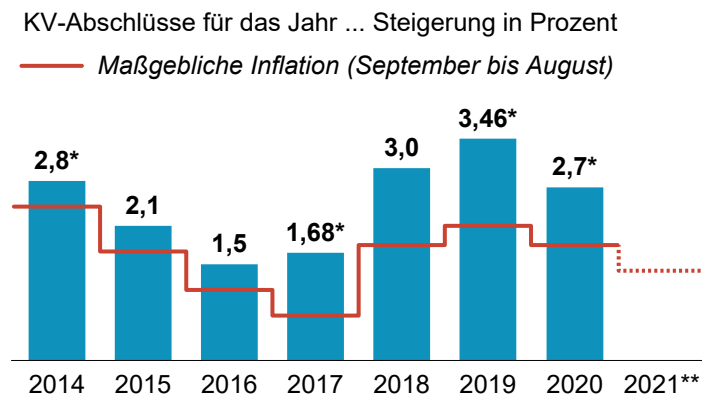


Metaller-Abschlüsse seit 2014



* Durchschnitt, gestaffelt nach Einkommen
 ** Inflation September bis Juli, eigene Berechnung

Quelle: APA; Grafik: Austria Presse Agentur **APA**



Heuer fliegen bereits 10 Tage vor den Metaller-Lohnverhandlungen die Funken. Die Arbeitgeber wollen die Verhandlungen verschieben. Foto: iStock

Zwist um Verschiebung der Metaller-Lohnrunde

Die Arbeitgeber wollen die KV-Verhandlungen auf 2021 verschieben. Die Arbeitnehmervertreter fordern rasch „nachhaltige Lohnerhöhungen“.

Wien – Die Metalltechnische Industrie erwartet aufgrund der Corona-Krise heuer den größten Produktionseinbruch seit dem Zweiten Weltkrieg. Beim Start der Metaller-KV-Verhandlungen am 24. September wollen die Arbeitgeber über eine Verschiebung diskutieren. Die Gewerkschaft fordert hingegen einen raschen Abschluss mit „nachhaltigen Lohn- und Gehaltserhöhungen“.

„Aus wirtschaftlicher Sicht wäre es am sinnvollsten, die Lohnverhandlungen in das nächste Jahr zu verschieben“, sagte der Obmann des Fachverbands Metalltechnische Industrie (FMTI), Christian Knill, bei einer Pressekonferenz. „Wir sind in einer absoluten Ausnahmesituation und müssen gemeinsam aus dieser Krise finden“, so der FMTI-Obmann. Knill verwies auf Deutschland, wo die Ta-

rifgespräche in der Metall- und Elektrobranche wegen der Corona-Pandemie heuer unterbrochen wurden. In Österreich wurden die Metaller-KV-Verhandlungen bisher noch nie verschoben.

Die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp wollen beim Start der Metaller-KV-Verhandlungen das Forderungsprogramm überreichen und damit die Herbstlohnrunde einläuten. „Aufgrund der Wirtschaftskrise geht es heuer vor allem um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Für einen raschen Kollektivvertragsabschluss sind aber nachhaltige Lohn- und Gehaltserhöhungen notwendig, um die Kaufkraft der Menschen zu sichern“, so die gewerkschaftlichen Chefverhandler, Rainer Wimmer (PRO-GE) und Karl Dürtscher (GPA-djp).

Die Gewerkschaft will keine Verschiebung oder Ausset-

zung der KV-Verhandlungen akzeptieren. „Das wäre in der jetzigen Situation das Schlechteste für die wirtschaftliche Entwicklung.“ Die Gewerkschafter verwiesen auf „die guten Erfahrungen mit den Kollektivvertragsabschlüssen in der letzten Wirtschaftskrise“.

Die Corona-Krise lässt die Produktion der Metalltechnischen Industrie heuer voraussichtlich um ein Fünftel einbrechen und trifft die Unternehmen stärker als die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09. „Derzeit erwarten wir für 2021 ein Produktionsniveau, das wir im Jahr 2010 hatten“, sagte Knill. Man werde drei bis vier Jahre brauchen, „um wieder auf das Niveau von 2019 zu kommen, so es keine weitere Krise gibt“.

Die Corona-Kurzarbeit hat den krisenbedingten Beschäftigungsabbau in der Metalltechnischen Industrie

verlangsamt, bis Mai sank die Beschäftigung aber bereits um 4,1 Prozent. Aktuell nutzen 50 Prozent der Unternehmen der Branche die Corona-Kurzarbeit, rund 42.000 Beschäftigte sind betroffen.

Der Arbeitgebervertreter fordert unter anderem eine Senkung der Lohnnebenkosten. Aufgrund der wirtschaftlichen Lage der Unternehmen gebe es „keinerlei Spielräume für KV-Erhöhungen“ oder Änderungen im Rahmenrecht, so Knill.

2019 einigten sich Verhandler in der fünften Verhandlungsrunde noch auf ein Lohn- und Gehaltsplus von im Schnitt 2,7 Prozent. Die rund 1200 Unternehmen der Metalltechnischen Industrie beschäftigen derzeit rund 134.000 Menschen und erwirtschafteten 2019 einen Produktionswert von knapp 40 Mrd. Euro. (APA)

„Corona lehrt Geduld an Börsen“

Für Wiens Börse-Chef Christoph Boschan bleiben Aktien unabhängig von Krisen langfristig die lukrativste Anlageform.

Von Alois Vahmer

Innsbruck – Die Corona-Krise mit ihren global massiven Beschränkungen gerade auch für die Wirtschaft hat heuer im Frühjahr die Kurse um nahezu die Hälfte einbrechen lassen. Mittlerweile sei bereits wieder vieles wettgemacht, der ATX in Wien liege wegen des hohen Gewichts in Finanztiteln, Öl und Stahl noch mit 28 Prozent im Minus, sagt Börse-Chef Boschan, der gestern auch bei der Adlebrunnereferierte, bei einem Besuch in der TT. Laut Analysten seien Aktien in Wien etwa bei Kurs-Gewinn-Verhältnis oder Dividenden-Rendite als derzeit sehr gering bewertet und damit attraktiv.

Kaiserin Maria Theresia hatte die Wiener Börse 1771 als eine der weltweit ersten Wertpapierbörsen gegründet. Heute liegt Wien, das laut Boschan im Vergleich sehr gut dastehe, im guten Mittelfeld der EU-Börsen.

Corona lehre an den Börsen jedenfalls Geduld – und diese sollten die Anleger ebenfalls mitbringen wie auch die Strategie, mit einem guten Sparplan langfristig und möglichst breit gestreut in mehrere Branchen und Märkte zu investieren, so Boschan. „Investition in Aktien ist kein Sprint, sondern ein Marathon.“ Wer

ganz kurzfristig Gewinne suche, investiere nicht, sondern spekuliere. „Und da habe ich das Problem, dass Profis, welche vermeintlich die Milliardärformel haben, diese wohl ungern teilen werden.“

Auf Sicht seien Aktien-Investments deutlich lukrativer als Geld auf Sparkonten, wo man praktisch null Zinsen bekomme. In Aktien seien 5 bis 6 Prozent echte Rendite pro Jahr auch mit Blick auf langfristige Zahlen sicher realistisch, betont der Börse-Chef.

Auch wenn der Staat derzeit riesige Milliardenpakete schnürt, wird die Krise laut Boschan letztlich nur über eine starke private Wirtschaft, Innovationen und vor allem einen funktionierenden Kapitalmarkt zu überwinden sein. Die Staatsschulden steigen durch die Krise auf über 90 Prozent des BIP, gleichzeitig gebe es 700 Mrd. Euro an vorhandenem privaten Geld in bar oder auf Konten.

Die Investitionsprämie des Staates sei ebenso eine richtige Maßnahme wie die gestartete Forcierung des Finanzwissens in den Schulen. Dringend wäre laut Boschan eine rasche Umsetzung des Koalitions-Ziels, die Steuerfreiheit bei Kursgewinnen nach einer Behaltfrist von über einem Jahr wieder einzuführen.



Der Wiener-Börse-Chef Christoph Boschan.

Foto: Wiener Börse/Stiller



Der AMS-Betriebsrat fordert 700 zusätzliche Stellen. Foto: APA

AMS-Personal kämpferisch

Wien – Der Zentralbetriebsrat des Arbeitsmarktservice (AMS) fordert aufgrund der Corona-Arbeitsmarktkrise deutlich mehr Personal als von der Regierung versprochen. Bei der vergangenen Freitag zu Ende gegangenen Mitarbeiter-Urabstimmung haben sich laut Betriebsratsangaben rund 96 Prozent für gewerkschaftliche Maßnahmen ausgesprochen.

Der geplante Stellenaufbau und Ergebnisse der Abstimmung werden heute auch Thema beim AMS-Verwaltungsrat sein. Der Betriebsrat fordert 700 bis 800 Planstellen.

Arbeitsministerin Aschbacher und Finanzminister Gernot Blümel (beide ÖVP) hatten einen Aufbau von 500 Stellen beim AMS verkündet. Der für heuer geplante Stellenabbau von zusätzlichen 150 Plan-

stellen wurde gestoppt. Bis Ende 2023 erhält das AMS außerdem zusätzliche 350 Planstellen, davon 250 für die Vermittlung, 100 Personen von der Buchhaltungsagentur des Bundes werden an das AMS übermittelt. Diese würden sich nur um die Abrechnung der Kurzarbeit kümmern und könnten nicht als AMS-Planstellen gerechnet werden, so der Betriebsrat. (APA)

MAN-Aus in Steyr 2023

Steyr – Der MAN-Konzern prüft, ob und wie er die bestehenden und bis 2030 geltenden Standort- und Beschäftigungssicherungsverträge für Steyr vorzeitig kündigen kann. Darüber sei man vom Vorstand informiert worden, berichtete Erich Schwarz, Arbeiter-Betriebsratschef bei MAN Trucks & Bus in Steyr. In Steyr droht im Rahmen eines Mega-Sparprogramms die Schließung des Werks mit 2300 Beschäftigten. Laut dem Betriebsrat plant MAN das Ende der Produktion in Steyr bis 2023. (APA)

Bank-Eigner in Konkurs

Mattersburg – In der Causa um die Commercialbank Mattersburg (cb) ist nun auch über die Mehrheitseigentümerin ein Konkursverfahren am Landesgericht Eisenstadt eröffnet worden, teilte der Gläubigerschutzverband KSV1870 mit. Die „Personal-kredit- und Kommerzialkreditvermittlungs- und Anteilsverwaltungs-gesellschaft“ hielt 79 Prozent an der Commercialbank, die seit 28. Juli in Konkurs ist. Über die Aktiva und Passiva sowie die Anzahl der Gläubiger gebe es noch keine Informationen. (APA)

Krise kostet 9200 Mrd. €

Genf – Die Corona-Pandemie hat nach Einschätzung eines von WHO und Weltbank gegründeten Gremiums nie dagewesene zerstörerische Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft weltweit. Die Kosten der Pandemie beliefen sich auf mehr als elf Billionen US-Dollar (9279,57 Mrd. Euro), bezifferten die Mitglieder des Global Preparedness Monitoring Board (GPMB) in einem Bericht. Die Langzeitfolgen der Pandemie werden noch über Jahrzehnte zu spüren sein, warnen die Wissenschaftler. (APA)

diametral
INSIDE

BADDESIGN TIROL

SIE PLANEN EINEN BAD - NEUBAU
SIE WOLLEN IHR BAD SANIEREN
IHR WUNSCH, EINE SPA-OASE

Wir verwirklichen Ihre Wünsche
- von der Planung bis zur kompletten Ausführung

NEUER SCHAURAUM
BADDESIGN TIROL
KRIPPGASSE 10, HALL IN TIROL
www.diametral-inside.at
05223/42723